

Aktuelle Kontroversen im politiktheoretischen Diskurs: „Multikulturalismus“ und „Methoden“

Ulrike Spohn*

Heins, Volker: Der Skandal der Vielfalt, Campus, Frankfurt (Main) 2013.

Zapf, Holger: Methoden der Politischen Theorie, Barbara Budrich, Opladen 2013.

Das Faktum der kulturellen Diversität gewinnt in westlichen Demokratien zunehmend an Bedeutung. So haben wir es heute auch in Europa mit multikulturellen Gesellschaften zu tun. Gleichzeitig wird der Chor der Stimmen, die den Multikulturalismus als normative Antwort auf das Phänomen der kulturellen Vielfalt als überholt oder gescheitert verabschieden, immer lauter.¹ Diesen Abgesängen begegnet Volker Heins in seinem Buch mit einer Verteidigung des Multikulturalismus als „d[er] große[n] historische[n] Alternative zu den gescheiterten und moralisch diskreditierten Alternativen der Assimilation und Segregation“ und dem Plädoyer, Kultur als „Ressource“ zu begreifen (170).

Im ersten Kapitel ergründet Heins die Vorgeschichte des Multikulturalismus. Anhand philosophischer und literarischer Texte nähert sich der Autor zunächst frühen Modellen der Interaktion zwischen kulturell Fremden. Anschließend befasst er sich mit den (Leidens-)Erfahrungen von Minderheiten und Kolonialvölkern im Zuge der Konstituierung des europäischen Nationalstaats. Hier liegt das kritische Augenmerk auf dem Konzept der Assimilation. Neben diesem identifiziert Heins individualistische Integration, Segregation und Gastfreundschaft als weitere Modi des Managements kultureller Differenzen vor dem Aufkommen des Multikulturalismus.

Im zweiten Kapitel wendet sich der Autor zeitgenössischen Theorien des Multikulturalismus zu und rekonstruiert klar und konzis das politische Denken Charles Taylors, James Tullys und Will Kymlickas. Darauf folgt eine Darstellung prominenter Einwände gegen multikulturalistische politische Theorien. Behandelt werden Jürgen Habermas als einflussreicher Vertreter eines europäischen Liberalismus sowie zwei Varianten feministischer Kritik: ein liberaler Feminismus, der den Blick auf die Machtverhältnisse innerhalb bestimmter kultureller Minderheiten richtet (Susan Moller Okin), sowie ein multikultura-

* Ulrike Spohn, M. A., Universität Münster
Kontakt: ulrike.spohn@uni-muenster.de

1 Zu der begrifflich-konzeptuellen Unterscheidung zwischen ‚multikulturell‘ und ‚multikulturalistisch‘ vergleiche Parekh (2006: 6).

listischer Feminismus, der neben der Problematisierung solcher Machtstrukturen auch der Verwurzelung der jeweiligen Frauen in ihrer Kultur und ihrer Bindung an diese Rechnung zu tragen sucht (Ayelet Shachar).

Im dritten Kapitel beleuchtet Heins die politisch-praktische Dimension. Er betrachtet vier Kommissionen, die von den Regierungen demokratischer Länder nach der Jahrtausendwende ins Leben gerufen wurden, um dem wachsenden „Unbehagen in der Multikultur“ (131) beizukommen: Die französische „Commission Stasi“, die deutsche Islamkonferenz, das indische „Sachar Committee“ und die kanadische „Bouchard-Taylor-Kommission“ mit Charles Taylor als einem der beiden Leiter. Deutschland und Frankreich haben mit ihren Initiativen nach Ansicht des Autors „keinen nennenswerten Beitrag zu einem innovativen und normativ anspruchsvollen Umgang mit kultureller oder religiöser Vielfalt geleistet“ (132). Anders verhält es sich mit Kanada: Hier habe die Kommission neue Konzepte erarbeitet, die auch für Europa wegweisend sein könnten (137). Der indische Fall wiederum sei mit der Situation in westlichen Ländern nicht direkt vergleichbar, seine Berücksichtigung aber dennoch lehrreich (135 f.). Weiter analysiert Heins in diesem Kapitel aktuelle beziehungsweise paradigmatische politische Kontroversen. Mit Blick auf die deutsche ‚Beschneidungsdebatte‘ gelangt er zu dem Urteil, diese sei „trotz ihres minderheitenfreundlichen Abschlusses durch den Gesetzgeber symptomatisch für die Stärke einer neo-assimilatorischen Gegenströmung“ (153). Während er hier das völlige Fehlen einer multikulturalistischen Perspektive kritisiert, grenzt er sich in seiner Diskussion der britischen ‚Rushdie-Kontroverse‘ kritisch von einem „antiliberalen“ (160) oder „starken“ (164) Multikulturalismus ab, wie er ihn in der damaligen Argumentation Tariq Modoods zu erkennen meint.

Abschließend diskutiert Heins einige Aspekte mit Blick auf die „Zukunft der ‚gemischten Multitude‘“ (168). Dabei greift er die Debatten um Intersektionalität auf, indem er gegenüber jüngeren Tendenzen, eine Art natürliche Feindschaft zwischen Muslimen und Homosexuellen zu inszenieren, „auf die Verwobenheit unterschiedlicher Diskriminierungen“ (171) verweist. Weiter fragt er nach der Art der Gestaltung einer mit multikulturalistischen Ideen kompatiblen Konzeption von Staatsbürgerschaft und nimmt die jüngere These der „Interkulturalität“ (Leggewie/Zifonun 2011) kritisch ins Visier.

Volker Heins gelingt mit seinem Buch eine überzeugende Aktualisierung des Multikulturalismus als einer politiktheoretischen und politischen Option für kulturell diversifizierte Gesellschaften. Er macht sich die Mühe, dem hartnäckigen Essenzialismus- und Homogenisierungsvorwurf gegenüber multikulturalistischen Denkansätzen durch eine kulturtheoretisch informierte Reflektion auf die Konzepte der ‚Kultur‘ und kultureller ‚Gruppen‘ den Wind aus den Segeln zu nehmen (119 ff.), und stellt klar, dass „‚Kultur‘, verstanden als Bündel von sozialen Bedeutungspraktiken (*meaning making*), ein unverzichtbarer Begriff“ (119, kursiv im Original) bleibt. Ein wichtiger Punkt ist, dass die KritikerInnen des Multikulturalismus die „sozial[e] und politisch[e] Realität von *subjektiv empfundenen und geschätzten* Gruppenzugehörigkeiten“ (126, Hervorhebung im Original) verfehlen, wenn sie ‚Kultur‘ als politiktheoretisch relevante Kategorie zurückweisen und das Konzept kultureller ‚Gruppen‘ verwerfen. Demgegenüber sucht der Multikulturalismus nach politischen Konfliktlösungsstrategien, die dieser Realität Rechnung tragen. Zukunftsweisend ist hier das von Heins im Anschluss an die Bouchard-Taylor-Kommission herausgearbeitete Verfahren einer „[m]ultikulturelle[n] Kasuistik“ (144), bei der die mit der Problemlösung betrauten Instanzen statt der rigiden Anwendung allgemeiner Regeln „in jedem Konfliktfall ein Gespür für die Besonderheiten von Ort, Zeit und beteilig-

ten Personen entwickeln“ (145). Dieses Vorgehen bedeutet „eine Ausdifferenzierung von Handlungsregeln und eine fallspezifische Adjustierung von moralischen Forderungen“ (145).

Weiter ist Heins' Aufwertung des im zeitgenössischen Liberalismus vielfach geschmähten Konzepts des *Modus Vivendi* zu begrüßen, also seine Offenheit für politische Arrangements, die „das friedliche Zusammenleben auch ohne Konsens ermöglich[en]“ (166), indem Kompromisse geschlossen werden – auch wenn diese von den Beteiligten (zunächst) nur „zähneknirschend“ (78) akzeptiert werden. Ulrich Willems (2012: 292) zeigt auf, dass *Modi Vivendi* mit der Zeit „ihre eigene Sozialisationswirkung entfalten: Je länger sie sich als tragfähige Basis des friedlichen Zusammenlebens erweisen, desto stärker werden sie auch als Errungenschaft betrachtet.“ Heins' Erforschung der Wurzeln des Multikulturalismus macht deutlich, dass sich genau diese Entwicklung an dem – mit Blick auf das politische Management kultureller Differenzen heute als vorbildlich geltenden – System Kanadas nachvollziehen lässt: „In Kanada [...] beobachten wir die allmähliche Verwandlung der Notwendigkeit, mit der Urbevölkerung zu kooperieren, in eine Tugend der Offenheit gegenüber Fremden und Neuankömmlingen“ (63).

Etwas unterbelichtet bleibt bei Heins die Dimension politischer Macht. Die Problematik ungleicher Machtverhältnisse klingt auf der *analytischen* Ebene zwar durchaus an: Der Text zeugt von einer ausgeprägten Sensibilität des Autors für (post-)koloniale Machtkonstellationen und für „die Asymmetrien zwischen Migranten und ethnischen Minderheiten auf der einen Seite und der politischen Macht der Mehrheitskultur auf der anderen Seite“ (184 f.). Auf der *normativ-handlungsleitenden* Ebene ist jedoch – ähnlich wie bei den Multikulturalisten, auf die Heins sich bezieht, vor allem Taylor und Tully – viel von Dialog, Offenheit, Kompromissbereitschaft und Mäßigung die Rede. Es bleibt offen, wie diese „Philosophie des Ausgleichs“ (145) einer machtinduzierten Politik der Ausschließung im Zweifelsfall wirkungsvoll entgegentreten kann.

Unter dem Aspekt der Macht ließe sich auch die Thematik diskutieren, mit der Holger Zapf sich in seinem Buch befasst: die Frage nach Methoden in der Politischen Theorie. Schon das einleitende Kapitel vermittelt den Eindruck einer prekären Lage der Politischen Theorie als (Teil-)Disziplin. Diese Prekarität ergibt sich aus einer Situation, in der ‚Methodisierung‘ nach dem Vorbild der Naturwissenschaften als Indikator für erfolgreichen Wissenserwerb und ‚Wissenschaftlichkeit‘ gilt. Zapf konstatiert, dass die Politische Theorie „den intensiven Methodisierungsschub“ (11) in den Sozialwissenschaften nicht mitgemacht habe – mit dem Ergebnis, dass die „Politikwissenschaft insgesamt [...] heute in methodischer Hinsicht zu Recht als vollwertige Sozialwissenschaft gilt“ (11), wohingegen „der sozialwissenschaftliche Charakter der Politischen Theorie zweifelhaft geblieben ist“ (11). Ihre Nähe zur Philosophie mache die Politische Theorie verdächtig, sich „mit der Verwaltung von Restproblemen“ (11) zu beschäftigen und als „Residualkategorie“ (11) nur mehr das aufzufangen, „was sich einer Methodisierung nach erfahrungswissenschaftlichem Vorbild entzieht“ (11) – „zumindest“, so betont Zapf, „aus der Sicht der Erfahrungswissenschaften!“ (11). Es läge nun nahe, diese Sichtweise wissenschafts- und machtsociologisch zu analysieren, was bedeuten würde, die Problembeschreibung bezüglich einer „Methodisierungsresistenz“ (12) der Politischen Theorie selbst zu problematisieren. Zapf wählt in seinem Buch jedoch einen anderen Weg: Er geht auf den Vorwurf der (vermeintlichen) Methodenabstinenz ein, indem er verschiedene Methoden, die in der Politischen Theorie und Ideengeschichte zur Anwendung kommen, expliziert und auf die-

se Weise der Idee entgegentritt, Politische Theorie sei „so etwas wie eine methodenfreie Zone“ (6). Von einer (bewussteren) Anwendung von Methoden verspricht sich der Autor die „Erzeugung von intersubjektiv überprüfbaren Informationen“, „Innovation“ sowie – nicht zuletzt – die wieder stärkere „Integration in das Fach“ (13).

Im zweiten Kapitel wird zunächst die Frage nach dem Gegenstand der Politischen Theorie verhandelt und es werden wissenschaftstheoretische Grundsatzfragen diskutiert. Hier erweist sich ‚Normativität‘ als ein zentrales Thema, insbesondere in der Verwendung des ‚Normativen‘ als einer Abgrenzungskategorie zu einer vermeintlich werturteilsfreien empirischen Politikwissenschaft beziehungsweise auch zu politischen Theorien mit deskriptiv-explanatorischem Erkenntnisinteresse. Diesbezüglich hinterfragt der Autor einerseits die damit verbundenen Reinheitsvorstellungen (17, 30) und wendet sich andererseits gegen die – so Zapf mit Verweis auf Putnam (2002) – denk- und diskussionsfeindliche Annahme, es ließen sich keinerlei Kriterien für die Güte normativer Aussagen formulieren (32 f., 34 f.).

Das dritte Kapitel bildet eine Art praktische Anleitung für den politiktheoretischen Forschungsprozess, wobei die Differenzierung unterschiedlicher Erkenntnisziele und die darauf basierende Erarbeitung eines passenden Forschungsdesigns einschließlich der Auswahl geeigneter Methoden eine wichtige Rolle spielen. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Autor hier den Problemen vergleichender politiktheoretischer Forschung.

In den Kapiteln vier bis sechs werden dann übersichtlich und pointiert verschiedene Methoden der Politischen Theorie vorgestellt, angefangen bei hermeneutischen Methoden zur Texterschließung und argumentationstheoretischen Analyseverfahren über die *historische* Rekonstruktion im Sinne der *Cambridge School* und der demgegenüber mehr textimmanent auf die politiktheoretischen Argumente selbst als auf ihren sozialen Kontext abhebenden *rationalen* Rekonstruktion bis hin zu Dekonstruktion, Begriffsgeschichte und verschiedenen Spielarten der Diskurs- und Ideologiekritik als Verfahren, die sich „politischen Ideen und Theorien als sozialen Phänomenen widmen“ (81).

Das siebte Kapitel behandelt das Unterfangen normativer politischer Theoriebildung. Hier werden statt konkreter ‚Methoden‘ eher einige theoretische Grundsatzprobleme thematisiert, aus denen sich die unterschiedlichen Ansätze oder Paradigmen in der Politischen Theorie ergeben, wie das Fundierungsproblem, das Problem der Allgemeinheit beziehungsweise Universalität sowie das Problem der Zielsetzung oder des „interventionistischen Anspruch[s]“ (98) politischer Theorien (‚ideal‘ versus ‚realistisch‘). Unter der Überschrift „einige[r] allgemeiner[r] methodische[r] Hinweise“ (99) bemerkt der Autor, „dass eine normative Theorie ein klares und der Reflexion leicht zugängliches Argumentationsprofil haben sollte“ („angloamerican style“), wenn man nicht allein „über die Ästhetik normative Wirkungen erzielen möchte“ („french style“) (100). Als „[e]in weiteres verallgemeinerndes Prinzip“ gibt er an, dass eine formulierte Norm „sich auf positionsunabhängig teilbare Gründe berufen können muss“ (100). Hier ließe sich die Frage aufwerfen, ob es sich bei diesen Aussagen nicht eher um theoriepolitische Positionierungen handelt als um verallgemeinerbare Regeln für politische Theoriebildung als solche.

Im achten Kapitel erklärt Zapf schließlich die Erforschung der Wirkung politiktheoretischer Ideen zu einem wichtigen, „bislang sträflich vernachlässigte[n]“ (107) Forschungsfeld der Politischen Theorie und macht diesbezüglich einige konkrete Vorschläge zu möglichen Vorgehensweisen. Weiter sieht er in einer verstärkten metatheoretischen Selbstreflexion der Politischen Theorie ein Desiderat politiktheoretischer Forschung.

Holger Zapf leistet mit seinem Methodenbuch einen interessanten Beitrag zu einem in der deutschen Publikationslandschaft bislang kaum bearbeiteten Feld, indem er die Vielfalt der in der Politischen Theorie angewandten Arbeitsweisen selbst zum Gegenstand der Reflexion macht. Das Buch ist wichtig, weil es dazu auffordert und dabei hilft, sich selbst und anderen die oft intuitiv angewandten Methoden bei der Arbeit an und mit politiktheoretischen Texten transparent zu machen. Diese bewusste Reflexion des eigenen Tuns kann dazu beitragen, die Konsistenz und intersubjektive Nachvollziehbarkeit politiktheoretischer Arbeiten zu erhöhen. Weiter wirkt Zapfs Plädoyer für einen „methodologische[n] Pluralismus“ (27) angesichts der Vielfalt möglicher Erkenntnisziele politiktheoretischer Forschung, die er differenziert aufzeigt, überzeugend. Diskutieren ließe sich die gewählte Rahmung des gesamten Unterfangens, durch die eine Art ‚Aufholbedarf‘ der Politischen Theorie suggeriert wird. Das Buch wirkt im Großen und Ganzen darum bemüht, die Bewährungsfähigkeit der Politischen Theorie als Sozialwissenschaft (mit Betonung auf *Wissenschaft*) zu demonstrieren, was nicht zuletzt in dem Rückgriff auf ein technisch-positivistisches Vokabular zum Ausdruck kommt („Daten“ (23), „Falsifikation“ (28), „Validität“ (85)). Demgegenüber wäre durchaus denkbar, den Status der Politischen Theorie als einer „Verunsicherungswissenschaft“ (37) stärker zu akzentuieren und ihre Rolle darin zu sehen, den allgegenwärtigen Trend zur Vermessung, Vereindeutigung und (methodischen) Kontrolle der sozialen Welt kritisch zu hinterfragen. Die Perspektive für die Politische Theorie läge dann nicht so sehr darin, „sich wieder stärker in die Politikwissenschaft [zu] integrieren“ (13), sondern eher darin, die ihr oft zugeschriebene Sonderrolle innerhalb des Fachs (selbst-)bewusst und überzeugend zu vertreten.

Literaturverzeichnis

- Leggewie, Claus / Zifonun, Dariuš, 2011: Was heißt Interkulturalität?. In: Alexander Gröschner / Mike Sandbothe (Hg.), *Pragmatismus als Kulturpolitik. Beiträge zum Werk Richard Rortys*, Berlin, 220–248.
- Parekh, Bhikhu, 2006: Introduction. In: Ders., *Rethinking Multiculturalism. Cultural Diversity and Political Theory*, Basingstoke, 1–15.
- Putnam, Hilary, 2002: *The Collapse of the Fact/Value Dichotomy and Other Essays*, Cambridge (Mass.).
- Willems, Ulrich, 2012: Normative Pluralität und Kontingenz als Herausforderungen politischer Theorie. Prolegomena zur Theorie eines Politischen Pluralismus. In: Ulrich Willems / Katrin Toens (Hg.), *Politik und Kontingenz*, Wiesbaden, 265–301.

